

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Btg. frei ins Haus, einzelne Nummer 5 Btg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Btg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen wir Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 60 Btg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Btg. Kleine Anzeigen: das festgesetzte Wort 30 Btg. (zweifache 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Btg. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 5 Btg. Spalte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Zeichen der Kriegsgefahr.

Aus Wien wird uns vom 21. Juli geschrieben:

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist heute konfisziert worden. Diese Konfiskation ist aber nicht bloß ein Exempel der in Oesterreich herrschenden Pressfreiheit, sondern sie ist ein nicht zu übersehendes Symptom, wie düster schwer die Kriegsgefahr ist, die auf Oesterreich-Ungarn lastet. Es wurden nämlich in dem Bericht über den französischen Parteitag, der ja den Lesern des „Vorwärts“ bekannt ist, sämtliche Stellen konfisziert, in denen der Generalstreik als ein Mittel zur Verhinderung des Kriegsausbruches empfohlen wird. Die Beschlagnahme beginnt bei dem Abdruck des in Kopenhagen gestellten (und nicht erledigten) Amendements Baillants-Reir Gardie, dann wurden in den Reden von Comptore-Morel, Laugier, Baillant (dessen Rede ganz!), Zaurès, Guesde alles gestrichen, was sich auf die Möglichkeit der Vorbeugung und Verhinderung von Kriegen bezieht und schließlich wurde auch die beschlossene Resolution ganz unterdrückt; es ist der Beschlagnahme fast die Hälfte des Berichtes über die Debatte zum Punkte: Imperialismus und Schiedsgerichte verfallen. Rechtlich ist die ganze Konfiskation völlig unhaltbar; denn auch in dem allen Verfolgungsunsinn vereinigen Oesterreichischen Strafgesetzbuch ist der Streik, und ebenso der Generalstreik, nicht verboten; und daß die öffentliche Ruhe und Ordnung angegriffen würde, wenn der Krieg, der alle Ordnung aufhebt, bekämpft wird, kann selbst der auslegungslüsternde Staatsanwalt nicht behaupten. Daß die Konfiskation dennoch gewagt wurde, beweist also nur, wie nahe die Gefahr des Krieges herangerückt ist: die Kriegstreiber wollen sich mit Erörterungen der Möglichkeiten, dem Krieg vorzubeugen, die aufgepeitschte Kriegsstimmung nicht verderben lassen. So ist ja, als im Jahre 1912 die Kriegsgefahr bedrohlich gestiegen war, auch das Manifest des Baseler Kongresses in Oesterreich konfisziert worden; das sind anscheinend die Sturmvögel, welche aufschlattern, wenn die Gewehre geschultert werden sollen.

Welche Rückwirkung der Konfiskation — die ganz bestimmt nicht dem Gehirne des Staatsanwalts allein entspringen ist, sondern zuverlässig durch Auftrag von oben erfolgte — für den internationalen Kongreß zukünftig, läßt sich im Augenblicke nicht ermessen. Das Hauptgewicht der Verhandlungen des Kongresses wird sich selbstverständlich um die Kriegs- und Friedensfrage bewegen, weil ja sie immer mehr die eigentliche internationale Frage wird und weil in ihr sich der Wille des organisierten Proletariats am stärksten zu bewahren hat; es ist also klar, daß es nicht wenig bedeutet, wenn schon die ganz theoretischen Verhandlungen in Paris die Oesterreichischen Nachthaber derart nervös machen und sie eine juristisch betrachtete, unabweisliche Gesetzesverletzung nicht scheuen, um die Mitteilung über die unverbindliche Debatte einer ausländischen Partei zu hindern. Man kann nur hoffen, daß in dem Monat, der uns von der Eröffnung des Kongresses trennt, der akute Oesterreichisch-serbische Konflikt friedlich beschworen sein wird; nach der qualvollen Spannung des Augenblicks kann die Lösung nicht lange mehr verzögert werden.

Es wäre wohl eine Selbsttäuschung, wenn man den Konflikt nicht in seiner ganzen Schwere einsehen wollte. In Wahrheit ist heute die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien ungleich größer als jemals, weit schwerer und näher als in den Jahren 1908/9 und 1912/13. Darauf deutet schon die kalte Ruhe der „maßgebenden Stellen“ hin, die von der lähmenden Aufregung der früheren Jahre in einer Weise absteht, die wohl zeigt, daß man diesmal entschlossen ist, bis ans Ende zu gehen. Graf Berchtold war heute in Jschl, offenbar, um vom Kaiser die Zustimmung zu dem schon lange erörterten „Schritt“ in Serbien zu erhalten, es besteht kein Zweifel, daß der Kaiser diesmal nicht schwanken wird. Was Oesterreich-Ungarn von der serbischen Regierung verlangen wird, ist heute nur in den allgemeinsten Umrissen bekannt. Man wird einestheils die Verfolgung der an dem Sarajewoer Attentat beteiligten serbischen Staatsangehörigen verlangen und dabei wahrscheinlich, was ganz völkerrechtswidrig wäre, die Mitwirkung Oesterreichischer Untersuchungsorgane bedingen; andererseits wird die Forderung nach materiellen Bürgschaften gehen, daß Serbien der großserbischen Propaganda rückhaltlos und ernstlich ein Ende bereite. Etwa so, daß Serbien „Urfehde schwöre“, also sich mit aller Klarheit verpflichte und verbürge, den serbischen Woden zu der Agitation gegen Oesterreich, zu der Agitation, die auf die „Injurierung“ der Serben in der Monarchie ausgeht, fortan nicht strafflos herzugeben. Nun ist zweierlei möglich. Entweder streben die Oesterreichischen Nachthaber die friedliche Lösung an, dann werden sie natürlich ihre Forderungen in dem Rahmen halten, der Serbien die Erfüllung nicht unmöglich macht. Wobei, angesichts der isolierten Lage Serbiens und der Gefahr, die aus einem Kriege mit der Großmacht ihm droht — und diese Gefahr können die Serben nicht unterschätzen — der Rahmen sogar nicht zu eng gespannt sein muß. Es ist aber schon auch möglich, daß die Oesterreichischen Nachthaber den Krieg wollen und bei ihrem Kriegesheer noch von Berlin aus angefeuert werden; dann würden freilich die Forderungen so ausfallen, daß der

Krieg, der zweimal verhindert wurde, nun ausbrechen könnte. Man nimmt hier an, daß der „Schritt“ in Belgrad zwischen Donnerstag und Sonnabend erfolgen und daß für die Antwort eine ganz kurze Frist gestellt werden wird; bis zum 1. August soll die schicksalsschwere Frage Krieg oder Frieden entschieden sein. An eine bloße militärische Drohung durch Mobilisierung, wie in den früheren Jahren, ist nicht zu denken; diese ewigen Rüstungen ins Blaue hinein würde der entkräftete und deroutierte Staat kaum mehr aushalten. Denn im Grunde bricht das, was man Kriegsstimmung in Oesterreich nennen kann, aus einem Gefühl der Verzweiflung heraus: daß diese ständigen Beunruhigungen durch die großserbische Agitation, die freilich der Natur der Dinge selbst entspringt, nicht mehr auszuhalten seien und Oesterreich-Ungarn so schwächen und schwächen, daß es dem lähmenden Zustande ein Ende machen müsse.

Ohne Zweifel haben die Oesterreichischen Kriegesheer an den Ueberheblichkeiten Serbiens, die sich vor allem in der pöbelhaften Sprache der Belgrader Blätter äußern, den denkbar besten Verbündeten erlangt. Nicht ohne berechnenden Grund werden diese ziellosen Ausfälle gegen Oesterreich, mit denen sich die Belgrader Journalisten offensichtlich vergnügen, von dem amtlichen Nachrichtenbureau der Oesterreichischen Öffentlichkeit jeden Tag säuberlich serviert; die Oesterreichischen Militaristen wissen, daß sie damit die Stimmung in Oesterreich am besten vergiften. Es ist daher vollkommen falsch, bei der Abwehrarbeit gegen die vielfältige Kriegsgefahr die serbische Soldateska, die offenbar jedes Augenmaß verloren hat, zu vernachlässigen; wie die Dinge liegen, ist die großserbische Idee heute die eigentliche europäische Kriegsgefahr; von Belgrad droht dem Frieden des zivilisierten Europa die stärkste Bedrohung. Dann aber sollte die deutsche Reichsregierung veranlaßt werden, in Belgrad einen gemeinsamen Schritt des gesamten Europa, also aller Großmächte, herbeizuführen, der die serbischen Unruhestifter zur Ordnung und nuchternen Besonnenheit ruft. Aber die Erklärung des Kanzlerblattes, welche der Erwartung Ausdruck gibt, der Konflikt werde „lokalisiert“ bleiben, ist mehr ein Ausruf Oesterreichs zum Kriege, als eine Mahnung, dem Frieden den Vorzug zu geben. Einen Monat vor der großen Heerschau des internationalen Proletariats erleben wir in Oesterreich schwere und bittere Tage.

### Gefahr für den Frieden Europas.

London, 22. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Times“ weisen heute auf die, dem Oesterreich-serbischen Konflikt entspringenden großen und nahen Gefahren hin, die den europäischen Frieden bedrohen, die Mächte sollten diese Gefahren beschwören, ehe es zu spät ist. Es sei keine Zeit zu verlieren. Das Blatt bespricht dann die angeblichen Forderungen, die Oesterreich an Serbien zu stellen gedenkt, und weist auf die Schwierigkeiten hin, die die Forderung, die großserbische Bewegung zu unterdrücken, verursachen muß. Wenn Oesterreich die moralische Unterstützung Europas haben wolle, müsse ihm klar gemacht werden, daß es nicht unter dem Deckmantel der Selbstverteidigung politische Vorteile suche. Das Blatt glaubt nicht, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Serbien lokalisiert werden könne, wie die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ meinte. Es sei Torheit zu glauben, daß ein solcher Krieg in Rußland nicht die slavische Bewegung entfachen würde. Welche Aussicht sei vorhanden, daß ein solcher Krieg nicht ohne Unheil für die Doppelmonarchie enden würde.

### Der Schritt in Belgrad.

Wien, 22. Juli. Dem „Neuen Wiener Tagblatt“ wird von informierter Seite mitgeteilt, daß die Meldung, wonach die vom Grafen Berchtold gestern dem Kaiser unterbreiteten Beschlüsse die Sanktion des Kaisers erhalten haben, zutreffen dürfte. Der Ministerpräsident Graf Tisza dürfte heute im ungarischen Abgeordnetenhaus Mitteilungen darüber machen. Die gestern kufierenden verschiedenen Versionen über den Zeitpunkt, die Form und Art der in Belgrad zu unternehmenden Schritte, sowie die für die Antwort Serbiens zu sendende Frist beruhen auf Kombinationen. Aus Budapest wird dem „Neuen Wiener Tagblatt“ gemeldet, daß die Note, die der serbischen Regierung überreicht werden soll, in höflicher, aber bestimmter Form gehalten und Serbien Gelegenheit bietet wird, eine entsprechende Antwort zu erteilen, welche die Aufrechterhaltung normaler und friedlicher Beziehungen ermöglicht. Es würde keine Frist für die Erteilung der Antwort verlangt werden. Man muß, heißt es weiter, daher mit Ruhe und Geduld den nächsten Tagen entgegengehen und muß, ohne den Ernst der Situation zu verkennen, allen beunruhigenden Gerüchten, die über Maßnahmen berichten, welche erst in jenem späteren Zeitpunkt und nach einer unbefriedigenden Antwort Serbiens in Betracht kämen, mit aller Entschiedenheit als stark verfrühten Kombinationen entgegenreten.

### Keine Beantwortung der Interpellationen.

Budapest, 22. Juli. Abgeordnetenhaus. Vor Uebergang zu den Interpellationen betreffend die Beziehungen zu Serbien ergriß Ministerpräsident

Graf Tisza das Wort. Er wolle an die Interpellanten eine Bitte richten. Er habe schon an den beiden vorangegangenen Interpellationstagen auf die Interpellationen keine erschöpfende, inhaltschwere Antwort erteilen können. Im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit und in Kenntnis der Sachlage halte er es für seine Pflicht, der Anschauung Ausdruck zu geben, daß es im gegenwärtigen Augenblicke nicht im Interesse des Landes sei, diese Frage im Parlament zu erörtern. (Großer Lärm links.) Der Ministerpräsident fuhr fort: Er halte es für seine Pflicht, dies dem Hause mitzuteilen und füge hinzu, daß er selbstverständlich, so bald die Zeit hierfür gekommen sei, es für seine Pflicht halten werde, im Hause diese Fragen zu besprechen. Schließlich ersuchte er die Interpellanten, von der Einbringung der Interpellationen abzusehen.

### Grenzwisenschüsse.

Wien, 22. Juli. Der Oesterreichisch-ungarische Gesandte Freiherr v. Giesl übergab der serbischen Regierung, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ aus Semlin meldet, eine Note, in welcher Beschwerde darüber erhoben wird, daß vor einigen Tagen serbische Genarmen auf Oesterreichische Untertanen, welche auf einem Kahn am Donauufer landen wollten, geschossen hätten. Nach der Note wurden zehn Schüsse gegen die Oesterreichische Grenze abgefeuert. Die Schüsse trafen nicht. Die serbische Regierung hat eine Untersuchung zur Verurteilung der Täter eingeleitet.

### Dreiste Lügen und Hebereien.

Von Tag zu Tag wird die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Hege gegen Serbien und Rußland aggressiver und in ihren Lügen von einer angeblich kriegsfeindlichen Stimmung in Deutschland dreister. So macht sie die ungeheuerliche Behauptung:

„Zunehmend hat die Oesterreich-ungarische Presse vollkommen mit ihrer Haltung recht, daß die öffentliche Meinung im Deutschen Reich uneingeschränkt auf Seite des Bundesgenossen stehe und nur den Wunsch hege: er möge energisch sein Recht und seine legitimen Interessen wahrnehmen, er möge, ohne sich einschüchtern zu lassen, durchhalten. Wir sind überzeugt, daß die amtlichen Träger der Politik des Deutschen Reiches derselben Ansicht sind und diese nicht nur in Wien geltend machen, sondern auch in den anderen politischen Zentren Europas. Das ist, wie auch heute gegenwärtigen Behauptungen gegenüber betont sein mag, stets der Fall gewesen.“

Jeder Satz davon ist erlogen. Aber das Agrarierblatt will so faustdick auftragen, um Oesterreich in einen Krieg hineinzubringen, vor dem dieser wirtschaftlich und finanziell entkräftete Staat sich trotz aller bisherigen Großsprecherereien erklärlicherweise scheut.

## Wer verschuldet die Schädigung der Tuchindustrie?

Je mehr man den wirtschaftlichen Scherbenhaufen anwachsen sieht, der durch den leichtfertigen Beschluß des Arbeitgeberverbandes der Niederlausitzer Tuchindustrie, 30 000 Arbeiter aus der Arbeit zu werfen, hergerichtet wird, um so lebhafter wird die Frage erörtert: Wer trägt die Schuld an dieser Verheerung? Unserer Meinung nach ist es eigentlich müßig, diese Frage aufzuwerfen, denn ihre Beantwortung ergibt sich für jeden Menschen mit gesunden fünf Sinnen durch die eingetretenen Tatsachen. Aus der Arbeit geworfen sind die Arbeiter durch den vorstehend genannten Arbeitgeberverband, also verschuldet dieser auch den Schaden, den die Tuchindustrie erleidet. So und nicht anders liegen die Verhältnisse. Trotzdem aber wird in den Darstellungen bürgerlicher Zeitungen der Versuch unternommen, die Schuldfrage von den Unternehmern zu nehmen. Konservative Zeitungen, die ja an chronischem Rotzoller leiden, behaupteten in den letzten Tagen, die Aussperrung sei eine Mache der Sozialdemokratie; sie sei geradezu bestellte Arbeit von ihr, um in den Stillstand der Bewegung Leben zu bringen. Aus diesem Grunde habe man auch ein ganz geringes Streikobjekt gewählt, um dann recht scharf gegen die Unternehmer vorgehen zu können. Wir antworten auf diesen Wöbism nicht. Es ist Sache der Niederlausitzer Tuchfabrikanten, sich mit den konservativen Zeitungen auseinanderzusetzen, die ihnen den, vom Unternehmerstandpunkt aus schweren Vorwurf machen, so quasi mit der Sozialdemokratie Hand in Hand zu arbeiten. Sicher ist, daß die Sozialdemokratie aus dieser Aktion der Niederlausitzer Tuchfabrikanten eine erhebliche Förderung erfahren wird, denn hier wird den Arbeitern in der wirksamsten Weise die Schädlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise bewiesen. Doch daß dem so ist, das ist nicht das Verdienst der Sozialdemokratie und auch nicht das Verdienst der paar Dutzend Arbeiter in Forst, sondern es ist und bleibt das Verdienst des Arbeitgeberverbandes der Niederlausitzer Tuchindustrie.

Es ist auch nicht wahr, was der „Konfessionair“ und andere unternehmerfreundliche Blätter schreiben, nämlich, daß nur der „rote“ Textilarbeiterverband den Streik in Szene gesetzt haben soll. Es ist nicht nur der Virchow-Dankersche Gewerksverein von Anfang an an dieser Aktion beteiligt, sondern diese Aktion findet auch die volle Billigung



der christlich-nationalen Organisation. In der Nr. 28 bespricht die christliche „Textilarbeiter-Zeitung“ die Androhung der Aussperrung und sie schreibt da u. a.:

„Die Bewegung wird vom Deutschen Textilarbeiterverband und dem Gewerksverein Hirsch-Dunder geleitet. Unseren Verband hat man dabei ausgeschaltet. Wir wollen jedoch hoffen, daß es den beiden Verbänden gelingen wird, bei der Einigkeit, mit der die streikenden Walker dasitzen, die Bewegung mit vollem Erfolg für die Ausständigen zu beenden, und die Forster Arbeiterschaft vor weiteren Misserfolgen zu bewahren.“

Was unsere Kollegen anbetrifft, so werden dieselben Schulter an Schulter mit ihren Arbeitkollegen kämpfen, damit auch hier einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.“

Also nicht nur der „rote“ Textilarbeiterverband, sondern alle Textilarbeiterorganisationen der Niederlausitz stehen hinter den Forderungen der Walker.

Der Hauptvorstand des Gewerksvereins Hirsch-Dunder hat in der bürgerlichen Lokalpresse seinen Standpunkt offen klargestellt. Er sagt dort, daß er nach eingehenden Beratungen zu dem Ergebnis gelangt sei, daß die Forderungen der Walker und Walkereiarbeiter berechtigt seien. Die Löhne seien zum Teil so niedrig, daß damit ein menschenwürdiges Auskommen nicht möglich sei. Aus diesen Erwägungen hält es der Hauptvorstand des Gewerksvereins der Textilarbeiter für seine Pflicht, zu erklären, daß es von den Arbeitgebern unverantwortlich gehandelt ist, in dieser Weise mit so vielen Tausenden von Existenzen zu spielen.

Diese Erklärung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und es muß schon mit dem Zeitungsgezwang ein Ende nehmen, daß das Ziel des Walkerstreikes nicht sei, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, sondern daß es das Ziel sei, Machtfragen zu entscheiden. Wenn es sich um Machtfragen drehen soll, so sind diese nicht von den Arbeitern, sondern von den Unternehmern zum Kampfsobjekt erhoben worden.

Der „Confectionair“ schreibt, es sollen bei dieser Aussperrung in der Lausitz Millionenwerte auf dem Spiele stehen. Das geben wir gerne zu, aber es liegt nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Unternehmern, dem frevelhaften Spiel mit Millionenwerten ein Ende zu machen. Nicht den tausendsten Teil dessen, was hier an Werten auf dem Spiele steht, ist das Machtobjekt wert, wegen dem der Unternehmerverband die Aussperrung vorgenommen hat. Diese Erkenntnis bricht sich in den Kreisen der Unternehmer jetzt sehr schnell Bahn. Mit 200 M. Lohnerhöhung pro Woche — pro Arbeiter 2 M. — wäre die ganze Sache aus der Welt geschafft gewesen. Jeder geistig gesunde Mensch schlägt sich vor den Kopf und fragt sich, ja um Himmels Willen, wie ist es nur denkbar, daß man einer solchen Richtigkeit wegen Millionenwerte auf Spiel setzen kann. Ja gewiß, es ist nicht zu fassen! Und weil es nicht zu fassen ist, so erfinden die Drahtzieher im Scharfmacherlager, welche eine blühende Industrie ihrem Machtdünkel opfern, welche viele Existenzen aus dem Unternehmerlager selbst der wirtschaftlichen Katastrophe entgegenführen, das Märchen von dem Austrag von Machtfragen des „roten“ Textilarbeiterverbandes.

Rein! Es sei zu allem Ueberflus noch einmal betont: Es handelt sich um keinerlei Machtfragen der Arbeiterorganisationen, sondern um eine Lohnerhöhung für die Walkereiarbeiter in Forst. Mit zirka 200 M. pro Woche ist die ganze Sache aus der Welt geschafft und kein Unternehmer hat nötig, sich länger wirtschaftlich entmündigen zu lassen.

Auch heute wieder wird uns mitgeteilt, daß es in den Unternehmerkreisen mächtig gärt. In Spremberg äußerte ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes, er mache die Scharfmacherei der Ratibuser Kommerzienräte nicht mehr mit. „Wir dürfen tatsächlich — so sagte ein anderer — in unseren eigenen vier Wänden nicht mehr machen, was wir wollen. Die da oben bestimmen einfach und wir müssen machen. Der Spas hört auf.“

„30 Jahre ist es ohne den Arbeitgeberverband gegangen“ — so sagte der Sohn eines Fabrikanten vortouristvoll zu diesem —, „und nun mußt Du vor zwei Jahren eintreten. Jetzt jagt er Dir alle Arbeiter fort. Das hast Du mir davon. Ich kann Dir auch nicht helfen.“

In welcher arge Verlegenheit die Unternehmer gekommen sind und wie sie trotz des Regulativs des Arbeitgeberverbandes über die Ausführungsbestimmungen der Aussperrung versuchen, aus dieser Verlegenheit zu kommen, das beweisen eine Anzahl Mitteilungen über das Verlangen der Firmen, daß Handwerker, wie Holzarbeiter, Metallarbeiter usw., die sonst stets ihr Handwerk ausgeübt haben, in der Walke und Appretur verwandt werden sollen. Das Bekanntwerden dieser Tatsache hat neue Verunsicherung unter die Unternehmer gebracht, die keine eigene Walke und Appretur haben und nun sehen, wie ihre „großen“ Kollegen die Aussperrungsbestimmungen auslegen. In Lützenwalde ist es die Firma Tannenbaum u. Partner, die so verfährt, und auch aus Betrieben in Finsterwalde und Kottbus wird uns ähnliches gemeldet. Verschiedene Großfirmen, die offenbar schon vorher Kenntnis von den Ausführungsbestimmungen erhalten haben, haben noch schnell mit einem Teil der Arbeiter bzw. Arbeiterinnen, die sie zur Fertigstellung der Arbeit im größeren Umfang benötigen, Kontrakte als „Meister“ bzw. „Untermeister“ mit dierwöchentlich Kündigung abgeschlossen, und so ihre kleinen Konkurrenten gründlich geleimt. Die großen Unternehmer sind dadurch in der Lage, ihre Betriebe einigermaßen aufrecht zu erhalten, sie können ihre Abnehmer so ziemlich befriedigen; die kleinen Unternehmer haben das Nachsehen.

Es wird die Zeit kommen, wenn sie nicht schon gekommen ist, wo diese mit Grousen denken werden an die Kampagne, in der sie sich jetzt befinden.

Bürgerliche Blätter wissen von bereits in Aussicht stehenden Verhandlungen zu berichten; der Streikleitung sind aber bisher irgendwelche Mitteilungen offiziell noch nicht zugegangen. Zu rechnen ist allerdings damit, daß Verhandlungen in den nächsten Tagen stattfinden könnten, da, wie wir hören, der Vorsitzende des Berliner Gewerksvereins, Herr Magistratsrat von Schulz, sich um solche bemüht, jedoch völlig aus eigener Initiative.

## Der Fall Lengerke.

Wir machten vor einigen Tagen Mitteilung über die geradezu ungläubliche Verurteilung eines Musketiers Fischer, der als Opfer der Denunziation eines ehemaligen Föhnenjunkers namens Lengerke vom Oberkriegsgericht des 3. Armeekorps zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Ein langer, juristisch gehaltener Artikel der „Boschischen Zeitung“ über das erstauflächtige Urteil, der auch einige noch nicht bekannte tatsächliche Mitteilungen enthält, nötigt uns, nochmals auf den Fall einzugehen.

Zunächst verdient nachgetragen zu werden, daß der Angeber v. Lengerke, ein Herr von 24 Jahren, zwar früher Föhnenjunter war, sich aber jetzt des Studiums der Theologie befleißigt. Der Uebertritt des jungen Herrn vom Studium der Menschenverehrung in den Dienst der christlichen Kirche mag wohl der Erkenntnis Lengerkes entspringen sein, daß er sich für das Waffenhandwerk nicht eigene. Die Geschichte seiner Denunziation beweist freilich, daß er seinen wahren Beruf noch immer nicht erkannt hat. Wenigstens glauben wir einstweilen annehmen zu dürfen, daß die Herzen Theologen nach der von ihm so eigenartig befundenen christlichen Nächstenliebe entschieden von ihm abdrücken werden.

Soweit über die Person des Denunzianten. Die Denunziation selbst wird durch folgende Umstände charakterisiert: Herr v. Lengerke fühlte sich zur Anzeige bei dem Regiment Fischers veranlaßt, obwohl die angelegten sozialdemokratischen Redebewandlungen des Musketiers nicht in Gegenwart von anderen Soldaten, sondern lediglich im Zwiegespräch mit Herrn v. Lengerke gefaßt waren, der den Ueberläufer erst in ein Gespräch verwickelte. Danach hätte also Fischer nicht etwa den Versuch gemacht, verbotene „sozialdemokratische Agitation“ zu betreiben, sondern lediglich einem Zivilisten gegenüber „sozialdemokratische“ Ansichten zu erkennen gegeben. Trotzdem diese Denunziation des Theologiestudenten!

Dingulommt, daß nach der Behauptung Lengerkes der Soldat zwar erklärt haben soll, daß 90 Proz. der zum Militär Eintretenden den Dienst als Sozialdemokraten verließen, daß aber Lengerke selbst befandete, der Musketier Fischer habe unmittelbar daran die Ansicht geäußert, daß im Falle eines Krieges der sich dann etwa maufsig machende innere Feind kurz und klein geschossen würde. Beide Befundungen schlugen sich geradezu mit Häuten ins Gesicht und legen die Vermutung nahe, daß Herr v. Lengerke gar nicht fähig ist, Äußerungen eines Dritten auch nur einigermaßen fingengetreu wiederzugeben.

Wie unzuverlässig die Befundungen dieses unberufenen und unqualifizierten Wählers über die soldatische Disziplin sind, beweist scharf die Tatsache, daß Lengerke in seiner Denunziation an das Regiment behauptet hatte, der in Frage kommende Soldat habe rote Haare gehabt und dem zweiten Jahrgange angehört. Fischer hat aber weder rote Haare noch gehört er dem zweiten Jahrgange an. Wie das Oberkriegsgericht nach solchen Selbstfälschungen der Befundungen des Herrn v. Lengerke zu einer Verurteilung kommen konnte, wird vollends rätselhaft, wenn man berücksichtigt, daß Kompagnieführer und Feldwebel dem Musketier Fischer ein geradezu glänzendes Zeugnis ausstellen mußten, daß er für das nächste Jahr längst als Rekrutengefreiter bestimmt war und daß trotz der hochmephistischen Unternehmung im Regiment und bei dem Vater und Arbeitgeber Fischers usw. auch nicht der kleinste Anhaltspunkt dafür gefunden werden konnte, daß Fischer, sei es in der Kaserne, sei es in seinem zivilen Vorleben, jemals irgend etwas mit der Sozialdemokratie zu tun gehabt hätte.

Fischer, der die Unterhaltung mit Lengerke überhaupt mit aller Entschiedenheit bestritt, wurde also einzig und allein auf die Zeugenaussage eines Rennes hin verurteilt, dessen Fähigkeiten und Gedächtnis, ja man kann sagen, dessen ganzer Charakter in einem höchst eigentümlichen Lichte erschienen.

Der Artikel der „Boschischen Zeitung“ gibt denn auch der Verwunderung über das Urteil scharfsten Ausdruck. Insbesondere hebt er in seinen juristischen Darlegungen hervor, daß das Gericht, selbst wenn es den Angaben Lengerkes glaube, in Anbetracht der Sachlage doch unmöglich zu der Auffassung hätte gelangen können, daß Fischer durch seine Bemerkungen jemand „zu gleicher Gesinnung und Betätigung aufzureizen“ versucht habe. In der Tat gehört dieses Urteil mit all seinen Begleiterscheinungen zu dem Unglaublichsten was die an Unglaublichkeiten doch wahrlich nicht arme kriegsgerichtliche Rechtsprechung bisher produziert hat.

Nicht minder unglücklich freilich sind gewisse Ausführungen des Artikelschreibers in der „Boschischen Zeitung“ oder wenigstens das Faktum, daß ein freijünger Blatt derartige Auffassungen ohne redaktionelle Einschränkungen abdrucken konnte. Stellt sich doch der Verfasser einfach auf den Standpunkt, daß die absolut verfassungswidrigen militärischen Verfügungen gegen die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung in der Armee zu Recht bestünden. Rechtfertigt er sie doch damit, daß um der Disziplin willen das Eindringen sozialdemokratischer Anschauungen in die Armee zu verhindern sei. Sagt er doch wörtlich:

„Es ist ohne weiteres klar, daß politische Parteilagen in der Armee nicht auskommen dürfen und daß jeder Anlaß dazu im Keime erstickt werden muß, falls das Heer als einheitliches Kriegsinstrument den Feinden ringsum gegenüber dem obersten Willen gehorfolam zum Ruhm des Vaterlandes dienen soll.“

Dieser originelle Fortschrittsmann findet es also ganz in der Ordnung, daß in der Armee zwar ultrareaktionäre Politik getrieben werden darf, ja künstlich mit allen Mitteln protegiert wird — aber auch nur das Bekennnis zu den Anschauungen der weitaus stärksten Partei des ganzen Landes soll von Rechts wegen verstet sein! Kläglich kann der „entschiedene“ Liberalismus seine politische Verjüngung wirklich nicht mehr dokumentieren.

Auch ein Oberster sollte doch einzusehen vermögen, daß die künstliche Züchtung absolutistisch reaktionärer Gesinnung im Heere und die rigorose Bekämpfung aller Anschauungen, die das Gemeingut eines starken Drittels des Volkes sind, gerade umgekehrt jene politischen Verirrungen erzeugen muß, die im schwersten Ernstfälle die militärische Stärke ausüherste gefährden. Denn wie könnten Angehörige der Sozialdemokratie mit Begeisterung für die „heiligsten Güter der Nation“ ins Feld ziehen, denen die herrschenden Klassen überal, und gerade auch in der Armee, ihre Bürgerrechte eskamotieren!

Daß der fortschrittliche Artikelschreiber auch die durch nichts zu beweisende Behauptung aufstellt, „sozialdemokratische Heißsporne“ hätten den Versuch gemacht, der sozialdemokratischen Partei auch in der Armee Eingang zu verschaffen, sei zu seiner Kennzeichnung nur nebenbei erwähnt. Einer sozialdemokratischen Agitation innerhalb der Armee bedarf es wirklich nicht. Die wird reichlich ersetzt durch das System der Soldatenmishandlungen und nicht zum mindesten auch durch eine Militärjustiz, wie sie das in Rede stehende Urteil charakterisiert. Musketier Fischer war bisher sicherlich kein Sozialdemokrat. Aber das Erlebnis wird ihn jedenfalls zum Nachdenken bringen!

## Politische Uebersicht.

### Neue Aera der Majestätsbeleidigungen.

Gestern ist unser verantwortlicher Redakteur Genosse Scholz zu sechs Wochen Gefängnis wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verurteilt und damit ist eine neue Aera der Majestätsbeleidigungen eingeleitet. Ueber die Verhandlung — auch über den Teil, bei dem die Öffentlichkeit ausgeschlossen war — berichten wir an anderer Stelle ausführlich.

Eine Majestätsbeleidigung ist in einem Artikel gefunden, in dem mit keinem Sterbenswörtchen von dem gegenwärtigen König die Rede ist. Soweit von Königen in dem Artikel die Rede ist, ist lediglich zur Klarstellung des Verhältnisses der Junker zur Monarchie auf längst verstorbene Monarchen Bezug genommen, ausdrücklich vom Jahre 1813 von Friedrich Wilhelm III. gesprochen und in dem Satz, in dem sich ein Schimpfwort befinden soll, klar und deutlich erkenntlich in erzählender Form von der Vergangenheit gesprochen. Der Angeklagte ist bestraft, weil der von ihm vertretene Artikel historisch durchaus richtig und auch im Nargon — das Gericht nennt das Schimpfwort und Majestätsbeleidigung — der junkerlichen Meßstos die historische Stellung der Junker zur Monarchie beleuchtete. Das ist in der Tat eine Ausweitung des Majestätsbeleidigungsbegriffes, der geradezu sicherhaft anmutet: der Sozialdemokrat wird bestraft, weil er die Hochhaltung des junkerlichen Mottos: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut“, an historischen Beispielen erläuterte, die durchweg aus dem Verhältnis zu verstorbenen Monarchen entnommen waren. Die Junker stehen, wie ja der Mundschauer der „Kreuzzeitung“, Herr v. Gerlach, einst so schön erklärte, auf dem Standpunkt: der König darf nicht althergebrachten Rechten des pommerischen Adels Abbruch tun, denn dieser sei ja auch „von Gottes Gnaden“ und „älter im Lande als die Hohenzollern“. Und weil die Junker diese Anschauung haben und betätigt haben, wird der Sozialdemokrat, der die geschichtliche Wahrheit mitteilt, verdonnert. Heilige Ordnung!

Verdonnert hinter verschlossenen Türen! Denn, wie der Staatsanwalt und das Gericht betonen, läge in der öffentlichen Verhandlung die Besorgnis einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Wodurch soll die öffentliche Ordnung gefährdet werden? Weshalb soll der Angeklagte eines seiner wichtigsten Verteidigungsmittel verlustig geben? Kein Wort darüber in dem Antrag des Staatsanwalts oder in dem Beschluß des Gerichts. Liegt eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung darin, daß das wahre Verhältnis der Junker zur Monarchie und ihre heuchlerische Sechsdreierentrüstung über angebliche Majestätsbeleidigungen, die nie und nimmer welche sind, eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung sind? Bis in den dunkelsten Winkel sollte nach Bismarck das Licht der Öffentlichkeit dringen müssen. Heute steht's anders: Kriegsminister, Staatsanwaltschaft und Gericht flüchten in die tiefste Dunkelheit.

### Zum Erlaß gegen die Soldatenmishandlungen.

Das „Hamburger Echo“ nimmt die Behauptung, daß der von ihm veröffentlichte neueste Erlaß des Kriegsministeriums bereits vor dem Luxemburg-Prozess ergangen sei, recht kritisch auf. Wie seine Bemerkungen beweisen, nicht ohne triftigen Grund. Schreibt doch unser Bruderorgan:

„Vor einigen Tagen waren wir in der Lage, einen Erlaß des Kriegsministeriums wegen der Soldatenmishandlungen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Wir erklärten, daß dieser Erlaß als eine Frucht des Luxemburg-Prozesses zu betrachten sei. In der deutschen Presse wurde unsere Mitteilung aus dem Militärbetrieb lebhaft erörtert, und schließlich mußte man auch „höheren Orts“ dazu Stellung nehmen. Die Zuverlässigkeit unserer Angaben konnte nicht wohl bestritten werden, da der Erlaß nun einmal — allerdings „dienstlich“ — einem größeren Personenkreis bekannt geworden ist. Aber der „roten Rosa“ darf man doch nicht den Triumph gönnen, das Kriegsministerium anders als zu einem Strafamt in Bewegung gesetzt zu haben. Also wird jetzt in der offiziellen und halb-offiziösen Presse erklärt, der Erlaß sei vor dem ersten öffentlichen Termin im Luxemburg-Prozess ergangen; er datiere nämlich vom 28. Mai.“

Sehr schön! Also das Kriegsministerium hat nach Meinung seiner Freunde, die ihm hiermit allerdings einen bösen Wärendienst erweisen, schon im Mai gewußt, daß mit der bisherigen Methode der „Bekämpfung“ der Soldatenmishandlungen nichts anzurichten sei, und daß nur ein ernsthaftes Vorgehen gegen die Schuldigen etwas nützen könne. Damit hätte das Kriegsministerium zugegeben, daß in der Tat die Kaserne dramen alltägliche Erscheinungen seien, gefördert oder wenigstens nicht gehindert durch die Praxis der Militärgerichtsbarkeit, betreifte Sünder mit vergehender Milde zu behandeln. Wenn aber das Kriegsministerium die Dinge so genau kannte, weshalb hat es dann den Streich gemacht, durch den Strafamt gegen unsere Genossen in Luxemburg oder durch dessen Aufrechterhaltung das böse Geschwür vor aller Welt zu enthüllen?

Wäre aber wirklich der kriegsministerielle Erlaß am 28. Mai hinausgegangen — in welchem Licht erschiene dann die militärische Promptheit? Unser Gewährsmann verweist darauf, daß die „dienstliche“ Mitteilung des Erlasses von den Generalkommandos an die nachgeordneten Instanzen in der ersten Julihälfte erfolgte. Sechs Wochen mindestens hätte also der militärische Amtschimmel zur Zurücklegung der ersten, kürzesten Strecke des Instanzenweges gebraucht! Bei dieser „Schnelligkeit“ könnte man annehmen, daß etwa in Jahresfrist die Subalternoffiziere und Unteroffiziere etwas darüber erfahren, daß wieder einmal die Soldatenmishandlungen Gegenstand ministerieller Erwägungen gewesen seien.

So oder so: Ruhmreich für das Kriegsministerium ist das nicht, was seine Verteidiger anführen. Der „militärischen Offenheit“ würde es viel besser anstehen, zu erklären: „Das Zeugenaussagebot im Luxemburg-Prozess hat uns zum Nachdenken gebracht, und wir haben uns überzeugt, daß etwas getan werden muß!“

Wir warten nun darauf, was offiziell erklärt wird, und wir werden es kontrollieren, da uns die Daten bekannt sind.“

Offentlich läßt die erbetene offizielle Erklärung nicht allzulange auf sich warten!

### Zur Frage des Zigarettenmonopols.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ leugnet — anscheinend offiziell —, daß der Plan eines Zigarettenmonopols sich bereits zu einem Vorwurf im Reichstagsamt verdichtet habe:

„Nach unserer Kenntnis gehört der Gedanke des Zigarettenmonopols lediglich zu dem Ideenkreis, der im Schoß des



Reichshandelsrat geprüft wird, wie jeder andere berartige in der Öffentlichkeit aufgetauchte Gedanke. Ueber seine Bereitwilligkeit dazu hat Schagelreiter sich in voller Deutlichkeit vor der Budgetkommission des Reichstags im November vorigen Jahres ausgesprochen. . . Nach weiteren weiteren Erörterungen scheint es sogar nicht ausgeschlossen, daß die jetzt in die Öffentlichkeit geworfene Idee eines Zigarettenmonopols dem Reichshandelsrat von einer Interessentengruppe an die Hand gegeben wurde, und es ist möglich, daß diese Interessentengruppe bei dem Trutz zu suchen ist, der in Dresden seinen Hauptsitz hat. Wenn nun solche Monopolpläne, an deren Verwirklichung doch nur zur Deckung etwaiger dauernder Ausgaben gedacht werden kann, gar mit dem möglichen Risiko im Aufkommen des Beitrages in Zusammenhang gebracht werden, so werden wir an amtlicher Stelle erneut darauf hingewiesen, daß das Reichshandelsrat im Augenblick den Endertrag des Beitrages noch nicht kennt, da ganze Bundesstaaten damit noch in Rücksicht sind."

Das hinter dem Monopolplan Interessenten stehen, ist sehr wahrscheinlich, wenn auch fraglich bleiben muß, ob sie mit dem Zigarettenruß identisch sind. Möglichs auch, daß noch kein festgestimmter Entwurf geschaffen wurde. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Das läßt auch die halbhoffiziellose Erklärung durchblicken.

### Hertling gegen den bayerischen Landtag.

Der „Kleine Mann“ in Bayern, wie Herr Professor Dr. Buchholz unter ausdrücklicher Zustimmung des Kronprinzen Wilhelm den Grafen Hertling genannt hat, scheint seinem Parlament und dem deutschen Thronfolger beweisen zu wollen, daß er doch nicht so klein ist und sich nicht scheut, den Kampf gegen die Demokratie mit allen Mitteln aufzunehmen. Er hat der ganzen bayerischen Volksvertretung den Fehdehandschuh hingeworfen. Durch die Schuld der bayerischen Regierung, die mit der Ausarbeitung der Vorlagen immer bis aufs letzte zögerte, haben sich daher die Beratungen hingezogen und immer wieder hingezogen, und immer noch müssen in der Hochsommerglut die Abgeordneten in München beisammen sitzen, ohne daß es in absehbarer Zeit möglich schiene, die notwendigen Dinge mit der notwendigen Gründlichkeit durchzuberaten und zu erledigen. Immer lauter würde deshalb der Wunsch nach einer Recessession, zum mindesten nach einer Unterbrechung der Tagung während der heißen Sommertage. Sämtliche Parteien hatten entsprechende Beschlüsse gefaßt und teilten sie in besonderen Fraktions-erklärungen am Mittwochvormittag dem Ministerpräsidenten mit. Hertling aber hatte auf den einstimmigen Wunsch nichts als ein glattes Nein. Das Parlament müsse jetzt weiter tagen, und nachdem die Diätenpauschale erschöpft ist, fortan auch ohne jede Entschädigung für die Abgeordneten. Die Folge dieser Ablehnung waren heftige Geschäftsordnungsdebatten in der Kammer. Man schob dem Ministerpräsidenten die Schuld an der Finanzzügler der Arbeiten zu und warf ihm Mißachtung des Parlaments vor. Auch die Zentrumsabgeordneten zogen gegen „ihren“ Hertling scharf vom Leder; aber es waren wohl mehr Scheingefechte; man wird sich hüten, etwas Ernstliches gegen den kerikalen Ministerpräsidenten zu unternehmen, der seinen Freunden eben noch das Verbot des konfessionslosen Moralunterrichts bescherte.

Der Regierung würde es natürlich lieb sein, wenn durch die Ablehnung einer Recessession wie auch nur einer Diätenzahlung die Abgeordneten veranlaßt würden, jetzt hastig dem Schluß der Beratungen zuzueilen und wichtige Veratungsgegenstände gar nicht oder nur ganz oberflächlich zu erörtern. Hoffentlich tut ihr aber der Landtag diesen Gefallen nicht. Gegenüber der Herausforderung des selbstherrlichen „Kleinen Mannes“ wäre schärfste Opposition am Platze.

### Dem Reichsverband geht's schlecht.

Die treuesten Freunde werden dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unrein. Man hat einsehen lernen müssen, daß die Methode, die der Reichsverband in der Bekämpfung der Sozialdemokratie einzuschlagen beliebte, genau das Gegenteil von dem erreicht hat, was damit erreicht werden sollte. Dazu kommt, daß der Reichsverband es auch mit der Neutralität gegenüber den bürgerlichen Parteien nicht immer so genau genommen hat — und nehmen konnte. Man denke nur an Borna-Begau, wo seinem Leiter ja auch ein bürgerlicher Kandidat gegenüberstand.

Die Folge ist, daß die nationalliberale Landesorganisation Württembergs letzten beschloffen hat, ihren Mitgliedern den Austritt aus dem Verband und die Verweigerung aller finanziellen Beihilfen zu empfehlen. In Sachen scheint sich etwas Rehnliches vorzubereiten. Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ spricht von zahlreichen Zuschriften aus den Kreisen seiner Partei, die gegen den Reichsverband Stellung nehmen. Ausdrücklich wird dann eine wiedergegeben, in der es u. a. heißt:

„In Borna-Begau z. B. hat der Reichsverband, und hier haben wir genaue Beweise, nicht in erster Linie die sozialdemokratische, sondern die nationalliberale Kandidatur bekämpft. Wie können uns nicht denken, daß die Geldgeber, soweit sie zum nationalliberalen Unternehmertum zu rechnen sind, mit einer derartigen Verwendung ihrer Gelder einverstanden sind.“

Das Licht des Reichsverbandes ist im Verlöschen. Und das von Rechts wegen.

### Eine Nachwirkung der Masfregelung Knöpfners.

Die Richtbefestigung des Bürgermeisters Knöpfner wird nach Wittermeldungen noch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen eigener Art führen. Die demokratische Strahburger „Neue Zeitung“ hat die Enttäuschungen der Zentrumspresse als gekünstelt charakterisiert und den Führern des Zentrums, den Abgeordneten Dr. Kistner, Hauf, Professor Müller u. a. vorgeworfen, daß sie nach Amt und Würden unter der Regierungsjonne strebten. Die Zentrumspresse weist diese Behauptungen entschieden zurück und kündigt die Klageerhebung gegen die „Neue Zeitung“ an.

### Zur Reichstagswahl im Wahlkreise Heidelberg-Eberbach.

Nach einer offiziellen Mitteilung der badischen nationalliberalen Partei wird an Stelle des infolge Verführung ausscheidenden Reichstagsabgeordneten Bed diese Partei den Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher in Mannheim als Kandidaten aufstellen.

### Die steuerreichen Millionäre.

Die Stadt Wiesbaden, in der über einhundert Millionäre wohnen, wird infolge des steuerlichen Generalpardon gegenüber dem Vorjahre eine Mehreinnahme von 302 000 M. aus der Einkommensteuer haben. Ueber die Verwendung des Ueberschusses von 250 000 M. freuten sich jetzt die einzelnen bürgerlichen Interessentengruppen. Man verlangt Ermäßigung der Umsatzsteuer, der Grund- und Gewerbesteuer, die Herabsetzung des Zinsfußes für das Gas usw. Selbstverständlich haben auch die Arbeiterorganisationen sich gemeldet und haben verlangt, daß große Mittel für die arbeitslosen bereitgestellt werden. Die Hoffnungen auf Erfüllung gerade dieses Wunsches scheint aber sehr gering.

## Die Einmischung des Königs in die Ulsterkrise.

Bei Eröffnung der Ulsterkonferenz hielt der König folgende Ansprache:

„Meine Intervention kann als ein neues Verfahren betrachtet werden, aber die außergewöhnlichen Umstände rechtfertigen meine Handlungsweise. Seit Monaten nehmen die Ereignisse in Irland sicherlich beständig die Richtung auf einen Appell an die Gewalt. Heute ist der Ruf „Bürgerkrieg“ auf allen Lippen. Es ist undenkbar, daß wir an den Rand eines Bruderkrieges gebracht werden sollten nach Ergebnissen, die offenbar so geeignet zu einer friedlichen Beilegung sind, wenn sie im Geiste des Entgegenkommens behandelt werden. Ihre Verantwortlichkeit ist in der Tat groß. Die Zeit ist kurz, aber, wie ich weiß, ist der Wille vorhanden, sie möglichst vorteilhaft zu verwenden und geduldig, ernsthaft und verständlich zu sein im Hinblick auf die Größe der auf dem Spiele stehenden Interessen. Ich bete zu Gott, daß er Ihre Beratungen so lenke, daß sie zu einer friedlichen und ehrenvollen Beilegung führen.“

Diese Rede, mit der der englische König die Konferenz der acht Parteiführer eröffnete, ist eines der merkwürdigsten Dokumente der englischen Politik. Der wichtigste Satz darin lautet: „Heute ist der Ruf „Bürgerkrieg“ auf allen Lippen.“ Hier wird also den wilden Ulsterleuten und den englischen Konservativen, die das Geschrei erhoben haben, ein sehr artiges Kompliment gemacht. Kein Wunder, daß die englische Opposition diese Worte did unterstreicht und daß die Liberalen sehr ungehalten sind. Doch die liberalen Minister werden für die Rede, die dem König selbst oder der Hofpartei zugeschrieben wird, die Verantwortlichkeit übernehmen. Nur die Arbeiterpartei hat gegen die Einmischung der Krone in die Angelegenheiten des Parlaments protestiert. Ein Häuflein Linkliberaler, die in London eine Versammlung zu einem ähnlichen Zweck einberief, wurde in der eigenen Versammlung niedergestimmt. Die zahlreich erschienenen liberalen Parlamentärsmitglieder nahmen eine Resolution an, die mit dem Thema nichts oder wenig zu tun hatte. Gegenüber der jammervollen Haltung der Liberalen fällt das feste Auftreten der Hofpartei auf. So berichten die „Times“, daß der berühmte Reitergeneral Gough am Mittwochabend der Parade der Ulsterfreiwilligen in Belfast beiwohnen wird.

### Das Kabinett deckt die Erklärung.

London, 22. Juli. Ministerpräsident Asquith erklärte heute nachmittag zu der Rede König Georgs in der Ulsterfrage, daß er tags vorher das Manuskript der Rede gesehen und daß es vor der Veröffentlichung seine Zustimmung gefunden habe. Der König habe nichts getan, was den Ansichten des Ministeriums zuwiderlaufe.

London, 22. Juli. Nach Schluß der heutigen Homerulekonferenz fanden sehr lebhaft Verhandlungen zwischen den Parteiführern statt. Auch das Kabinett hielt eine Sitzung ab. Die Führer der Opposition traten am Abend nochmals zu einer Beratung zusammen. Ueber die Vorgänge in der heutigen Konferenz ist nichts an die Öffentlichkeit gedrungen, aber im Vorlauf des Unterhauses war man der Meinung, daß bestimmte Ergebnisse erzielt worden seien und daß die morgige Sitzung entscheidend sein werde. Bemerkenswert ist der Umstand, daß Redmond und Dillon beim Vorübergehen vor der Kaserne der irischen Gardes in der Nähe des Wudinghampalastes von diesen mit lauten Cheers begrüßt wurden.

### Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 22. Juli. Die Vertreter der sechs Großmächte teilten gestern den Albanischen mit, daß die diplomatischen Wünsche es ihnen nicht gestatteten, sich zu den Albanischen nach Schluß zu begeben, doch seien sie gern bereit, die Wünsche der Albanischen anzuhören, weshalb sie es für praktisch hielten, wenn die Albanischen ihre Wünsche schriftlich mitteilten.

### Beilegung der Grenzzwischenfälle.

Sofia, 22. Juli. Die „Agence Bulgare“ meldet: Die rumänische und die bulgarische Regierung sind, von dem Wunsch befeuert, die gemeldeten Zwischenfälle an der Grenze ihrer Länder beizulegen und der Wiederkehr solcher vorzubeugen, über folgende Bedingungen übereingekommen: Jede Regierung wird eine Kommission ernennen; diese beiden Kommissionen werden zusammen über die Zwischenfälle bei den Grenzposten Austausch und Tuzkmit eine Untersuchung führen; alle Kommandanten der Grenzwachen werden von der Ernennung dieser Untersuchungskommission benachrichtigt werden, um die Verantwortlichkeit bei den obenerwähnten Grenzzwischenfällen festzustellen, sowie davon, daß es der ausdrückliche Wunsch der beiden Regierungen ist, die normalen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherzustellen, und daß die beiden Regierungen lebhaft wünschen, für die Zukunft jeden Grenzzwischenfall zu vermeiden. Es wäre also notwendig, daß die Kommandanten der Grenzwachen der beiden Länder in Beziehungen zueinander treten, um sich die Wichtigkeit dieser Entschlüsse tief einzuprägen. Nach einem gegenseitigen Uebereinkommen werden die Grenzposten auf beiden Seiten hundert Meter hinter die Grenzlinie zurückgezogen werden. Ein Wachposten wird mit der eventuellen Ueberwachung dieser Posten bis zu ihrer Aufstellung hinter die oben bezeichnete Grenzlinie beauftragt werden. Alle Truppenabteilungen, welche von beiden Seiten zur Verhärtung der Grenzlinie herangezogen worden sind, werden sich in ihre gewöhnlichen Quartiere zurückziehen. Sobald die Kommissionen ihre Untersuchung beendet haben werden, wird unverzüglich die Beerdigung der getöteten Soldaten erfolgen.

### Eine Ablehnung.

Athen, 22. Juli. Die provisorische Regierung von Epirus läßt in den hiesigen Blättern eine Depesche veröffentlichen, die der Präsident der provisorischen Regierung an die internationale Kontrollkommission in Albanien gerichtet hat. In der Depesche heißt es: Die epiratischen Truppen haben den Befehl, jeden Vormarsch auf albanisches Gebiet zu vermeiden. Wir protestieren ebenso gegen die aus Durazzo stammenden falschen Meldungen, wonach unsere Truppen Greuelen verübt und hellenische Truppen an der Einnahme von Koriza teilgenommen hätten. Diese falschen Meldungen sind zu dem Zweck erfunden, die von albanischen Behörden in Asonia und Koriza verübten Greuel zu vertuschen. Nur eine unparteiische Untersuchungskommission, deren Mitglieder in gegenseitigem Einvernehmen ernannt werden, könnte die Wahrheit und die Verantwortlichkeit auf beiden Seiten feststellen.

## Oesterreich.

### Tschechische Demonstrationen.

Wien, 22. Juli. Das Neue Wiener Abendblatt meldet aus Mährisch-Osttau: Nach vorhergegangenen Demonstrationen versammelten sich gestern abend Tschechen in Marienberg und zogen nach Mährisch-Osttau. Auf dem Wege zertrümmerten sie die Fensterheben der Friedhofshallen und verwühten den deutschen Sportplatz. Auch im Hofeggertgarten in Marienberg wurden sämtliche Fensterheben zertrümmert. Gendarmen und Polizei waren sofort zur Stelle und trieben die Menge auseinander; sie versammelten sich aber immer wieder.

### Bosnisches, allzu Bosnisches!

Der Wiener Scharfrichter Leut wurde von der Karlsbader Kur nach Sarajewo abkommandiert, wo übrigens die Gefängnisse überfüllt sind.

## Rußland.

### Streikbewegung.

In zahlreichen größeren Orten Rußlands finden gegenwärtig Streikbewegungen statt. Aus Waku, Odessa, Riga (wo allein 40 000 Arbeiter streiken), Moskau, vor allem aus Petesburg kommen polizeilich gefärbte Nachrichten über die Zahl der Ausständigen und Zusammenstöße mit der russischen Ordnungspolizei.

## Türkei.

### Mangelhafte Vorbereitung des Balkankrieges.

Konstantinopel, 22. Juli. Das 4. Bureau der Kammer, das mit den Voruntersuchungen gegen die Mitglieder der beiden vorigen Kabinette betraut ist, lud die in Konstantinopel anwesenden ehemaligen Minister dieser Kabinette vor. Mushtar Pascha legte dar, daß die Entlassung der Truppen vor dem Balkankriege unter dem jungtürkischen Kabinett Said Pascha begonnen habe. Sein Kabinett habe vielmehr die Reservisten zu Mandern einberufen wollen, was die Balkanstaaten als Kriegsvorbereitung gedeutet und worauf sie die Mobilisierung angeordnet hätten. Einbruch machte die Aussage Besji Paschas, der erklärte, daß das Kabinett Mushtar Paschas vor dem Kriege den Kriegsrat einberufen habe, an welchem auch Mahmud Schefkat Pascha teilgenommen habe. Der General Abdullah Pascha hatte erklärt, daß 60 Proz. der Patronen und Granaten defekt oder leer seien. Ein Krieg wäre ungünstig. Razim Pascha sei auch derselben Meinung gewesen, doch habe Mahmud Schefkat Pascha erklärt, der Geist und die Disziplin der Truppen seien ausgezeichnet; die Türkei würde siegreich aus dem Kriege hervorgehen.

Die 4. Abteilung sprach sich fast einstimmig für die Verlegung der früheren Minister in den Anklagezustand aus und unterbreitete in diesem Sinne am Mittwoch dem Präsidenten der Kammer einen Bericht, den dieser auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung setzte. Die Abteilung fügte neue Anklagepunkte hinzu, darunter namentlich die Anklage, daß das frühere Kabinett bei Abschluß des ersten Waffenstillstandes sich zur Nicht-Verproviantierung Adrianopels verpflichtet hätte. Eines der Mitglieder der Abteilung äußerte gegenüber Berichterstatter, er hoffe, daß mehrere der angeklagten ehemaligen Minister in der Lage sein würden, sich zu rechtfertigen. Er erwartete dies insbesondere von Koradunghian, der sich der Kriegserklärung unter dem Hinterrück darauf, daß die Armees nicht bereit sei, widersetzt habe.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Lage am Kohlenmarkt.

Aus dem Bericht des Vorstandes des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels entnehmen wir: Die allgemeine Lage des Marktes hat sich im Juni gegen den Vormonat nicht geändert. Obwohl sich im vorigen Monat die mit der sommerlichen Jahreszeit verbundene Ruhe im Brennstoffverbrauch bemerkbar machte, war der Absatz in Kohle und Bricketts befriedigend. Der Verband an Hochofen-1018 ging dagegen weiter zurück, konnte jedoch durch stärkeren Absatz in den Heizkohlen und durch gesteigerte Seeausfuhr ausgeglichen werden. Der rechnungsmäßige Absatz ist gegen den Vormonat zwar insgesamt um 365 264 Tonnen zurückgeblieben, im arbeitsständigen Durchschnitt aber um 1,07 Proz. gestiegen. Der Gesamtabsatz der Kohle ist gegen den Vormonat um 398 651 Tonnen zurückgegangen, im arbeitsständigen Durchschnitt jedoch um 0,14 Proz. gestiegen. Der Gesamtabsatz in Bricketts ist in der Gesamtmenge um 75 242 Tonnen und arbeitsständig um 2,06 Proz. zurückgegangen. Der Gesamtabsatz in Bricketts ist in der Monatsmenge um 29 148 Tonnen und im arbeitsständigen Durchschnitt um 1,33 Proz. zurückgegangen. Auf die Belegschaftenanteile stellt sich der angerechnete Absatz auf 87,81 Proz. gegen 90,77 Proz. im Vormonat und 96,66 Proz. im Juni 1913. Die Förderung ist insgesamt gegen den Vormonat um 492 887 Tonnen zurückgegangen, im arbeitsständigen Durchschnitt aber um 0,68 Prozent gestiegen.

Erhöhung der Zwischenbedrate. Der Norddeutsche Lloyd und die übrigen kontinentalen Schiffsahrtlinien haben ihre Zwischenbedrate nach den Vereinigten Staaten von Amerika um 10 M. erhöht, so daß diese sich jetzt auf 150 M. stellt.

## Letzte Nachrichten.

### Zeichen der Kriegsgefahr.

Aus Budapest wird noch gemeldet: In politischen Kreisen wird die Zurückhaltung des Ministerpräsidenten Tisza gegenüber den Interpellationen pessimistisch aufgefaßt, um so mehr, als man im Laufe des heutigen Tages erfährt, daß die österreichisch-ungarische Regierung an den Grenzen militärische Maßnahmen in größerem Umfang vornimmt.

Den Wiener Blättern wurde von Seiten der Regierung nahegelegt, über Truppenbewegungen keinerlei Nachrichten zu veröffentlichen, da die Blätter sonst der Konstitution verfallen würden. Alle diese Umstände zusammengenommen sind geeignet, in der Öffentlichkeit eine nervöse Stimmung aufkommen zu lassen, die auch tatsächlich bereits eingetreten ist.

### Die ABC-Staaten für Amnestie in Mexiko.

Washington, 22. Juli. Die Vermittler der südamerikanischen Staaten, Dagama, Suarez und Raon, eruchten den Präsidenten Wilson, den Einfluss der Vereinigten Staaten dahin geltend zu machen, daß Carranza eine allgemeine Amnestie für die Anhänger Cuernas erlasse. Die Vermittler sagten dem Präsidenten und Staatssekretär Bryan, daß ihre Regierungen wahrscheinlich keine Regierung in Mexiko anerkennen würden, die sich weigere, eine Amnestie zu erlassen und mit friedlichen Mitteln und den bei zivilisierten Völkern üblichen Gepflogenheiten zur Herrschaft zu gelangen.



**Tod u. Teufel**

Reichel's **Wanzen-Fluid** „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht fälschbar. Flasche 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50. Pf.

Reichel's **Schwaben-Spezialpulver** „Poudre Martial“, unfehlbar sicher zur Schwaben-Austrichtung. 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50. Pf.

**Totale restlose Vernichtung der Brut.**  
Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Nur Kaufe in den **Drogerien** Einzig echt und garantiert nur mit Marke **Tod u. Teufel.**

Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.** Fernspr. Mpl. 4751-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

**Ohne jede Anzahlung**

**Pianos** **Flügel** und **Harmoniums**

vielfach prämiert, u. a.:  
Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896  
Berliner Musik-Fachausstellung 1906

gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie. Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!

**Conrad Krause Nehfg., Berlin, Ansbacher Str. 1.**  
Ecke Kurfürstenstraße. Tel. Steinplatz 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Erstklassige Briquets

**Michel-Brikett-Vertrieb**  
Neukölln,  
Kneesebeckstr. 148.  
Telephone: 1610 u. 2133.

**Spezialarzt**  
Dr. Homeyer  
Friedrichstr. 81.  
Sonnab. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Immer noch **Tegelort**,  
Sporthaus bei **Emil Mothes.**

Kennst Du das Land, wo dicke Eichen stehen?  
Hast Du den kleinen Spreewald schon gesehen?  
Der schönste Ausflugsort im Reiche  
Ist Mann's Waldschloß in Schöneiche.

**In Freien Stunden**  
Die **Wochenhefte für Arbeiterfamilien**  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

**Theater und Vergnügungen**

Donnerstag, den 23. Juli 1914.

Anfang 5 Uhr.  
**Vossage-Theater, Sino-Variété, Potsdamer Naturtheater, Alt-Potsdam.**

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Decken, Siegfried.**

Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O. Zauberflöte, Berliner. Wie einst im Mai, Königstücher Straße, Nr. 20. Thalia. Wenn der Frühling kommt, Kiste. Die relegierten Studenten, Metropol. Die Reise um die Erde in 40 Tagen, Theater an der Weidenammer Brücke. Der milde Theodor, Wintergarten, Spezialitäten, Reichshallen, Dresdener Viktoria-Sänger, Palast-Theater, Variété und Nicht-Spiele, Berliner Prater-Theater, Grigori.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Kleines, Der Kieck, Theater am Nollendorfsplatz, Der Juxbaron, Walhalla, Der Hund von Westerville, Soltes Caprice, Schwache Nerven, Eine ruhige Sommerwohnung, Verbotene Frucht, Lustspielhaus, Die spanische Allege, Friedrich-Wilhelmsstadt, Theater, Leutnantsliebchen.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Hedens, Die verfluchte Liebe, Admiralspalast, Im Tangoklub, eines Nollendorfs-Theater, Quo vadis.**

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**Voigt-Theater**  
Friedrichstr. 58.  
An jedem Donnerstag:  
**Gr. Kinderfest.**  
Durch fremde Schuld.  
Gänzlich neue Spezialitäten.  
Kasseneröffnung, 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

**URANIA.**  
Taubenstraße 48/49.  
**Geschlossen.**

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Heute Donnerstag, den 23. Juli 1914:  
**Elitetag!**  
**Konzert und Vorstellung**  
verbunden mit **gr. Brilliant-Feuerwerk.** — Außerdem:  
**Sturm auf Durazzo.**  
Anfang des Konzerts 5 Uhr. — Variété 6 Uhr.  
**Oberbayern.**  
Bayrische Madels. Bayrische Kapellen.  
Sonnabend, den 25. Juli 1914: Elitetag!  
Großes bayr. Alpenfest: **Ein Abend am Schliersee**  
verbunden mit großer **Extra-Prämierung.**  
Prämiert werden die sechs besten Schuhplattler-Paare.  
Sechs Preise im Werte von 150 M.

**Sozialdemokr. Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises**

**Zum Besten der Jugendheime:**  
**Großes Früh-Konzert**  
am Sonntag, den 26. Juli 1914, im  
Prater-Theater, Kastanienallee 7-9 229/15\*

**Theater-Vorstellung**  
sowie **erstklassige Spezialitäten**  
Eröffnung 5 Uhr :::: Eintrittskarte 30 Pf. :::: Anfang 6 Uhr  
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen zur Verfügung  
Tische und Stühle dürfen nicht reserviert werden

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend:  
**Die letzten weiblichen Azteken!**  
AGA  
die schwebende Jungfrau.  
Buddhas Geisterstafel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 8 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.  
Neu: **AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-62

**Theater in der Königsgrätzer Straße**  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**  
**Berliner Theater.**  
Zum 290. Male, 8 Uhr:  
Wie einst im Mai.  
**Sachse-Oper.**  
**Schiller-Theater O. Theater.**  
8 Uhr:  
**Die Zauberflöte**  
**Theater des Westens.**  
Freitag, Sonnabend:  
**Siegfried.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Hermannstraße 13 Fernsprecher: Amt Norden 3791-97

Am Sonnabend, den 25. Juli:  
**Großes Sommer-Fest**  
in den Gesamtträumen der Brauerei Friedrichshain, Am Königstor,  
bestehend aus: Konzert (Rahm's Berliner Orchester), Berliner Mst-Trio, großem Volk, Gratis-Losung für Damen, Kinder-Festigung, wozu jedes Kind eine Stodlaternen gratis erhält. Beim Festigung erhält jedes Kind eine Lüte Bonbon. — Beginn des Konzerts 5 Uhr.  
Die Kaffeeküche ist bis 6 Uhr abends geöffnet.  
Billets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf., inkl. Tanz, sind bei den Bezirksführern sowie im Verbandsbureau, Melchiorstraße 28, zu haben. Dasselbe ist geöffnet: Vormittags 8-1 Uhr und nachmittags 4-7 Uhr.  
Arbeitslose Mitglieder erhalten ein Herren- und ein Damenbillett am Freitag und Sonnabend im Bureau gratis. — Das Bureau ist am Sonnabend nur bis mittags 1 Uhr geöffnet.  
137/9\*

Die Ortsverwaltung.

**Friedrich-Wilhelms-Th.**  
8 1/2 Uhr tgl. d. Operen- und Operetten-Abende:  
**Leutnantsliebchen.**  
Theater am Nollendorfsplatz 5.  
8 1/2 Uhr:  
Der Juxbaron.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm!  
**Saharet**  
die australische Tanzdiva  
Perzinas Pagagelen Kabarett  
Kaufmanns Veronocycle Truppe  
und eine Kette  
hervorragender Kunstkräfte!  
— Rauchen gestattet! —

Theater a. d. Weidenammerbrücke  
Täglich 8 Uhr, zum 140. Male, und 31. Juli zum letzten Male:  
**Der müde Theodor.**  
Schwank in Gesangs- u. Langleinlagen.  
Theatertemperatur: 18° R.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund**  
Gau Berlin und Umgegend.  
Sonntag, den 26. Juli 1914:  
**23. Sänger-Fest**  
in **Schloß Weißensee.**  
Gesamt-Männerchöre unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn van den Dries.  
Gesamt-Frauenchöre unter Leitung des Chormeisters H. Bleil. — Einzelchöre.  
**Konzert des Berliner Konzert-Orchesters (Franz v. Blon). \* Feuerwerk.**  
Von 4 Uhr ab: **TANZ** gegen Nachzahlung von 50 Pf. — Die Kaffeeküchen sind von 12 bis 6 Uhr geöffnet. Billets im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf. — (Festheft mit Programm an der Kasse gratis.)  
Anfang mittags 12 Uhr.  
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben; ebenso bei den Vorstandsmitgliedern: W. Boltz, Gotakowskystr. 34; Jul. Klahre, Glasgower Str. 8; Jul. Steffens, Langenbeckstr. 5, Querg. 1; Karl Przdilla, Weißensee, Kronprinzenstr. 13; Otto Engel, Neukölln, Reuterstr. 11, 1. Seitenfl. III; Paul Schneider, Hufelandstr. 30 (Laden); A. Oestreich, Neukölln, Bodestr. 25.  
Die Generalprobe zum Sängerfest findet am Freitag, den 24. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Konzertsale der Brauerei Friedrichshain statt.  
Der Vorstand.

**Puhlmanns Theater**  
Schön. Allee 148, Kastanienallee 97/99  
Unter neuer Leitung  
der beliebten Direktion W. Herrmann  
**Konzert, Theater, Spezialitäten.**  
Zum Schluss: **Wo hast du dein wech' Weibchen?** Anfang 4 Uhr.

**Admiralspalast.**  
Eis-Arena.  
Berlins kühlerer Aufenthalt.  
Abends 8 1/2 Uhr: „Im Tangoklub“  
und „Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
Schwache Nerven.  
Eine ruhige Sommerwohnung.  
Verbotene Frucht.  
**Berliner Uk-Trio**  
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L.  
Für den Inhalt der Jurezare übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Die relegierten Studenten.  
Anfang 8 Uhr.  
— Auf der Gartenbühne —  
Wand um die Erde. Gr. Revue.  
Boher Konzert, Spezialitäten.  
**Reichshallen-Theater.**  
Gastspiel der Dresdner **Viktoria-Sänger**  
für Berlin völlig neues Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnab. 7 1/2 u. Sonnab. 1. Aug.:  
Biederstein der Solisten der Stettiner Sänger.